

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal Mk. 2,50.

Inhalt:

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Die Streiks nach der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik.	817	Lohnbewegungen und Streiks. Die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Chemigrafiegewerbe.	821
Gesetzgebung und Verwaltung. Arbeitslosenversicherung nach Genter System in Schöneberg.	821	Streiks und Aussperrungen	821
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften.	822	Gewerbegerichtliches. Wahl in Erlangen	824
Aus der britischen Zimmererbewegung	822	Mitteilungen. Für die Leser des Correspondenzblattes	824

Die Streiks nach der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik.

Die amtliche Streikstatistik ist nicht weiter „vereinfacht“ worden. Es bleibt sonach immer noch ein kümmerlicher Rest des einst so groß angelegten Werkes. Die in den letzten Jahren erfolgte „Vereinfachung“ hat allerdings dazu geführt, es unmöglich zu machen, durch einen Vergleich mit der gewerkschaftlichen Statistik die amtliche zu ergänzen und hierdurch annähernd richtig die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe in Deutschland festzustellen. Dessen kann das Reichsamt des Innern sich wohl rühmen, aber eine Verbesserung hat die amtliche Statistik dadurch nicht erfahren. Man kann im Gegenteil mit ziemlicher Sicherheit behaupten, daß die Unzulänglichkeit und Unzuverlässigkeit der amtlichen Statistik in den letzten Jahren sich noch gesteigert hat.

Diese Behauptung kann auf die einfache Tatsache gestützt werden, daß die amtliche Statistik in den letzten drei Jahren weniger Streiks auswies, als die gewerkschaftliche. Das wäre unmöglich, wenn die amtliche Statistik alle Streiks und Aussperrungen in Deutschland registrieren würde. Die gewerkschaftliche Statistik enthält nur die wirtschaftlichen Kämpfe, welche von den der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften geführt sind. Nicht gezählt werden in dieser Statistik die von anderen gewerkschaftlichen Organisationen oder von unorganisierten Arbeitern geführten Kämpfe. Dazu kommt, daß bei der Zählungsmethode der amtlichen Statistik Doppelzählungen sehr viel wahrscheinlicher sind als in der gewerkschaftlichen. In den Jahren 1901 bis 1906 wies denn auch die amtliche Statistik insgesamt 1989 Streiks und Aussperrungen mehr aus als die gewerkschaftliche. Nachdem jedoch der derzeitige Staatssekretär des Innern im Reichstage erklärt hatte, daß der kriminalstatistische Charakter der amtlichen Streikstatistik erhalten bleibt, das heißt, daß diese Statistik auch ferner die Tendenz haben soll, Material für eine Zwangsgesetzgebung gegen Streikende und gegen die Gewerkschaften zu beschaffen, hatten diese noch weniger Interesse, den amtlichen Stellen Mitteilungen über die Streiks zu machen. Die Wirkung zeigte sich unmittelbar. Im Jahre 1907 zählte die amtliche Statistik 88, 1908: 445 und 1909: 311, in den drei Jahren somit 838 wirtschaftliche Kämpfe weniger als die gewerkschaft-

liche. Angesichts dieser Tatsache muß mit vollem Rechte behauptet werden, daß die amtlichen Angaben noch erheblich weniger Vertrauen verdienen, als in den früheren Jahren. Um diesen „Jammer der amtlichen Streikstatistik“ endlich zu beseitigen, beschloß der Reichstag im Frühjahr 1910 in zwei Resolutionen, den Reichskanzler zu ersuchen, die amtliche Statistik so umzugestalten, daß sie zuverlässigere Ergebnisse als bisher liefern könne. Bis jetzt ist noch nicht bekannt geworden, daß der Reichskanzler etwas getan oder das reichsstatistische Amt Schritte unternommen hätte, dieser Anforderung des Reichstages zu genügen. Aber ein Anderes ist eingetreten. Die kriminalstatistischen Ergebnisse der Streikstatistik wurden früher in den Veröffentlichungen des statistischen Amtes mit wenigen Zeilen abgetan, oder es wurde von ihrer Bekanntgabe ganz abgesehen und auf die Ergebnisse der Kriminalstatistik verwiesen. Das Amt legte diesen Veröffentlichungen den Wert bei, den sie verdienen. Nun scheint die Sache anders werden zu sollen. In der Veröffentlichung für 1909 nimmt dieser Teil der amtlichen Statistik einen verhältnismäßig beträchtlichen Raum ein. Es werden nicht nur die einfachen Zahlen wiedergegeben, sondern Prozentberechnungen werden gemacht bezüglich der Streikenden unter 21 Jahren und der Vertragsbrüchigen. Früher würdigte das statistische Amt dieses Material in folgender Weise: „Die Entscheidung darüber, ob in konkretem Falle überhaupt eine Kündigungsfrist bestanden habe, ist allerdings nicht immer einfach zu treffen; sie ist mit um so größeren Schwierigkeiten verknüpft, wenn sich die Grundlagen der für die Beurteilung dieser Frage abgebenen Feststellungen der Behörden, wie dies vielfach der Fall sein wird, ausschließlich auf mündliche Informationen untergeordneter Polizeiorgane stützen.“ Diese „Würdigung“ des amtlichen Materials ist von dem statistischen Amt nunmehr fortgelassen und es wird das Nachstehende als amtlich festgestellte Tatsache veröffentlicht:

	Vertragsbrüchige ab 21 Jahre	Vertragsbrüchige unter 21 Jahre
Industrie der Holz- u. Schnitzstoffe	92,8 Proz.	7,2 Proz.
Handelsgewerbe	89,7	10,3
Verkehrsgewerbe	89,2	10,8

	Vertragsbrüchige üb. 21 Jahre	Vertragsbrüchige unt. 21 Jahre
Baugewerbe	85,3	14,7
Metallverarbeitung	84,7	15,3
Industrie der Steine und Erden	79,6	20,4
Bekleidungsindustrie	77,5 Proz.	22,5 Proz.
Bergbau, Hütten- u. Salinenwesen	77,0	23,0
Ind. d. Nahrungs- u. Genussmittel	71,6	28,4
Textilindustrie	70,0	30,0
Ind. der Maschinen, Instrumente, Apparate	63,1	36,9

In den einzelnen Jahren waren von den Streikenden vertragsbrüchig:

1899	27,5 Proz.	1905	64,1 Proz.
1900	29,4	1906	32,5
1901	23,2	1907	26,2
1902	25,9	1908	30,1
1903	22,2	1909	31,4
1904	19,1		

„Die Zahl der Vertragsbrüchigen hat danach eher zu- als abgenommen. Bringt man die 209 299 streikenden Ruhrkohlenarbeiter des Jahres 1905, die sämtlich vertragsbrüchig waren, außer Anschlag, so verringert sich der Anteil v. H. auf 26,4, und das Jahr 1905 kommt damit den Vergleichsjahren bedeutend näher.“

In gleicher Weise wird das Material über das Eingreifen von Polizei und Staatsanwaltschaft bei den wirtschaftlichen Kämpfen behandelt. Auch hier machte das Statistische Amt früher einschränkende Vorbemerkungen. Jetzt wird auch hier mit feststehenden Zahlen operiert, die folgendes ergeben:

„Von den 1537 im Jahre 1909 zu Ende geführten Streiks beschäftigten 447 = 29,1 Proz. die Polizei und 298 = 19,4 Proz. die Staatsanwaltschaft. Für die 11 Jahre ergeben sich folgende Reihen:

	Polizei	Staatsanwaltschaft
1899		
1900	21,9 Proz.	13,3 Proz.
1901	22,3	14,8
1902	23,9	12,8
1903	26,8	17,1
1904	21,6	16,6
1905	22,7	17,7
1906	24,2	17,7
1907	26,3	17,3
1908	25,8	18,8
1909	29,1	19,4

„Das Verhalten der Arbeiterschaft in den verschiedenen Gewerbegruppen war, wie aus folgender Berechnung ersicht werden kann, sehr ungleich. Es schritt ein:

	die Polizei		die Staatsanwaltschaft	
	Zahl	Proz.	Zahl	Proz.
Bergbau, Hütten- u. Salinenwesen	6	25,0	3	12,5
Ind. der Steine und Erden	20	17,7	17	15,0
Metallverarbeitung	46	40,4	25	21,9
Industrie der Maschinen, Instrumente, Apparate	24	27,6	13	14,9
Textilindustrie	18	28,1	14	21,9
Indust. d. Holz- u. Schnitzstoffe	72	34,6	46	22,1
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	21	28,0	12	16,0
Bekleidungsindustrie	22	26,5	16	19,3
Baugewerbe	148	24,5	107	17,7
Handelsgewerbe	10	47,6	6	28,6
Verkehrsgewerbe	18	46,2	10	25,6

Alle Sozialpolitiker sind darüber einig, daß die Streiks infolge der Entwicklung der Gewerkschaften immer friedlicher verlaufen. Das Statistische Amt aber beweist, allerdings gestützt „auf mündliche Informationen untergeordneter Polizeiorgane“, daß in steigendem Maße im letzten Jahrzehnt die Polizei und die Staatsanwaltschaft bei Streiks eingreifen mußte. — Lustig ist die Prozentberechnung für die Industriegruppen. Danach sind die gefährlichsten Streikenden die Arbeiter des Handelsgewerbes, denn hier mußte die Polizei in 47,6 Proz. und die Staatsanwaltschaft in 28,6 Proz. der Streikfälle eingreifen. Auch die Arbeiter der Metallindustrie sind noch äußerst gefährlich, denn bei ihren Streiks mußte die Polizei in 40,4 Proz. und die Staatsanwaltschaft in 21,9 Proz. der Fälle eingreifen. Friedlicher sind die Arbeiter des Baugewerbes, denn ihnen weist das reichsstatistische Amt nur 24,5 Proz. polizeilicher und 17,7 Proz. staatsanwaltlicher Eingriffe nach. Noch friedlicher sind die Arbeiter der Industrie der Steine und Erden, denn sie bringen es nur auf 17,7 resp. 15 Proz.

Wäre die amtliche Streikstatistik nicht nachgewiesenermaßen unzulänglich und unzuverlässig, so könnte man diesen kriminalistischen Ausweisen und Berechnungen irgendwelche Bedeutung beimessen. Unter den gegebenen Umständen aber sind sie völlig wertlos und wir können nicht annehmen, daß ein ernsthafter Sozialpolitiker sie verwenden wird.

Dasselbe gilt auch von den sonstigen Ergebnissen dieser Statistik. Solange sie nicht „vereinfacht“ und ein Vergleich mit der gewerkschaftlichen Streikstatistik möglich war, konnte alljährlich nachgewiesen werden, welche Streiks und Aussperrungen in der amtlichen Statistik nicht gezählt worden waren. Für die einzelnen Jahre ergab sich aus diesem Vergleich das folgende:

Jahr	Es fehlten Streiks und Aussperrungen in der			
	amtlichen Statistik		gewerksch. Statistik	
	Kämpfe	Beteiligte	Kämpfe	Beteiligte
1901	316	6 243	559	20 012
1902	314	5 888	461	19 512
1903	387	8 120	516	12 675
1904	481	9 505	743	34 459
1905	587	13 020	822	42 571
Summa	2 085	42 776	3 101	137 229
1906	257	?	?	?
1907	441	?	?	?
Summa	2 783			

In dem Jahrfünft von 1901—1905 waren in der amtlichen Statistik 2085 Streiks mit 42 776 Beteiligten nicht gezählt. Im Jahre 1906 fehlten in der amtlichen Statistik 257 und 1907: 441, in den 7 Jahren somit 2783 wirtschaftliche Kämpfe, von denen die Berichterstatter für die amtliche Statistik nichts erfahren hatten, die aber in der Gewerkschaftsstatistik unter Angabe des Ortes, der Daten von Beginn und Ende, sowie unter Angabe der Betriebe, in denen gestreift wurde, registriert worden sind. Die Richtigkeit dieser Feststellung ist von keiner Seite bezweifelt worden. Dem Statistischen Amt ist auf seinen Wunsch für ein Jahr das entsprechende

Tabelle I.
Gegenüberstellung der Streiks und Aussperrungen nach der gewerkschaftlichen und der amtlichen Streikstatistik 1909, geordnet nach Staaten und Landesteilen.

Staaten und Landesteile	Beendete Angriff- und Abwehrestreiks								Beendete Aussperrungen							
	Zahl der Streiks nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerkschaftlichen Statistik		Zahl der an den Streiks beteiligten Personen nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerkschaftlichen Statistik		Zahl der Aussperrungen nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerkschaftlichen Statistik		Zahl der an den Aussperrungen beteiligten Personen nach der		Es zählt die amtliche gegenüber der gewerkschaftlichen Statistik	
	gewerkschaftl. Statistik	amtl. Statistik	+	-	gewerkschaftl. Statistik	amtl. Statistik	+	-	gewerkschaftl. Statistik	amtl. Statistik	+	-	gewerkschaftl. Statistik	amtl. Statistik	+	-
Provinz Ostpreußen	25	20	—	5	871	772	—	99	2	—	2	—	118	—	—	118
Westpreußen	29	19	—	10	1068	1271	—	203	2	—	2	—	84	—	—	84
Stadt Berlin	220	104	—	116	10314	7761	—	2553	11	2	—	9	1459	1150	—	309
Provinz Brandenburg	147	113	—	34	5563	4762	—	801	13	6	—	7	2036	164	—	1872
Pommern	64	46	—	18	1837	1394	—	443	7	5	—	2	347	266	—	81
Polen	20	25	5	—	514	1422	—	908	1	—	—	1	107	—	—	107
Schlesien	97	62	—	35	6170	5484	—	686	6	7	—	1	1850	2475	625	—
Sachsen	107	70	—	37	13693	12834	—	859	9	—	—	9	551	—	—	551
Schleswig-Holstein	51	42	—	9	2141	3013	—	872	10	18	8	—	1070	1623	553	—
Hannover	102	90	—	12	4485	4739	—	254	13	13	—	—	877	1898	1021	—
Westfalen	76	73	—	3	1961	2834	—	873	14	9	—	5	870	267	—	603
Hessen-Rhnan	48	39	—	9	1161	1571	—	410	4	1	—	3	495	338	—	157
Rheinland	117	126	9	—	5917	8493	—	2576	14	11	—	3	1477	1028	—	449
Hohenzollern																
Preußen	1103	829	—	274	55695	56350	—	655	106	72	—	34	11341	9209	—	2132
Bayern	169	169	—	—	7482	11432	—	3950	23	21	—	2	1875	2188	313	—
Sachsen	226	221	—	5	9813	10345	—	532	18	4	—	14	305	172	—	133
Württemberg	26	23	—	3	743	959	—	216	4	2	—	2	380	243	—	137
Baden	39	44	5	—	2424	2776	—	352	3	—	—	3	42	—	—	42
Hessen	41	27	—	14	1367	1195	—	172	2	1	—	1	47	13	—	34
Mecklenburg-Schwerin	15	9	—	6	340	217	—	123	—	1	—	—	—	5	—	5
Großherzogtum Sachsen	3	8	5	—	72	193	—	121	1	—	—	1	97	—	—	97
Mecklenburg-Strelitz	2	2	—	—	34	35	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Oldenburg	18	13	—	5	1422	1015	—	407	3	2	—	1	33	110	77	—
Braunschweig	22	23	1	—	1381	1527	—	146	2	2	—	—	152	124	—	28
Sachsen-Meinigen	2	3	1	—	19	49	—	30	—	—	—	—	—	—	—	—
Sachsen-Altenburg	3	3	—	—	174	206	—	32	—	—	—	—	—	—	—	—
Sachsen-Coburg-Gotha	11	9	—	2	607	559	—	48	—	—	—	—	—	—	—	—
Anhalt	8	9	1	—	168	183	—	15	1	1	—	—	28	25	—	3
Schwarzburg-Sondershausen	2	1	—	1	22	17	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwarzburg-Rudolstadt	4	5	1	—	196	236	—	40	1	1	—	—	46	45	—	1
Waldeck	2	1	—	1	158	170	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuh älterer Linie	1	1	—	—	12	23	—	11	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuh jüngerer Linie	4	3	—	1	103	162	—	59	—	2	2	—	—	12	12	—
Schaumburg-Lippe	1	3	2	—	63	95	—	32	—	—	—	—	—	—	—	—
Lippe	2	2	—	—	77	70	—	7	—	1	1	—	—	60	60	—
Lübeck	2	2	—	—	100	38	—	62	—	—	—	—	—	—	—	—
Bremen	34	17	—	17	956	800	—	156	4	2	—	2	855	735	—	120
Hamburg	38	74	36	—	9167	3806	—	5361	5	3	—	2	10026	9983	—	43
Elbisch-Pothringen	17	36	19	—	1684	4467	—	2783	1	—	—	1	22	—	—	22
Deutsches Reich	1795	1537	—	258	94279	96925	—	2646	174	115	—	59	25249	22924	—	2325

Anmerkungen zur Tabelle I n. II. Es mußten beim Vergleich 614 an Streiks und Aussperrungen beteiligte Personen ausgedehnt werden. Diese Personen sind von zwei Verbänden als an den streifen anderer Verbände beteiligt gewesen registriert worden, ohne daß nähere Angaben darüber gemacht wurden, an welchen Kämpfen die Mitbeteiligung stattgefunden hat. Da die amtliche Statistik aus ihrem Tatellenver die Mitarbeiterausperrungen ausschließt, so sind auch die von der gewerkschaftlichen Statistik registrierten Mitarbeiterausperrungen nebst den daran Beteiligten bei dem Vergleich ausgedehnt worden.

Material für Berlin seitens der Generalkommission zur Nachprüfung übermittelt worden. Bis heute ist das Ergebnis dieser Nachprüfung nicht bekanntgegeben, woraus zu schließen ist, daß sich die Angaben der Gewerkschaftsstatistik bestätigt haben. Diese Vergleiche sind seit der „Vereinfachung“ der amtlichen Statistik nicht mehr möglich. Durch die

Verhinderung der Nachprüfung der Fehler sind diese aber in der amtlichen Statistik nicht beseitigt, denn seit dem Jahre der „Vereinfachung“ der amtlichen Statistik ergibt sich die schon erwähnte Tatsache, daß amtlicherseits weniger Streiks ausgewiesen werden, als seitens der Gewerkschaften geführt wurden, ganz abgesehen von den Streiks, an welchen die freien

Tabelle II.
Gegenüberstellung der Streiks und Aussperrungen nach der gewerkschaftlichen und der amtlichen Streikstatistik 1909, geordnet nach Gewerbegruppen.

Nummer des amtlichen Gewerbezeichnisses	Gewerbegruppen	Beendete Angriff- und Abwehrstreiks								Beendete Aussperrungen								
		Zahl der Streiks nach der		Es zählt die amtl. gegenüber der gewerksch. Statistik		Zahl der an den Streiks beteiligten Personen nach der		Es zählt die amtl. gegenüber der gewerksch. Statistik		Zahl der Aus-sperrungen nach der		Es zählt die amtl. gegenüber der gewerksch. Statistik		Zahl der an den Aus-sperrungen beteiligten Personen nach der		Es zählt die amtl. gegenüber der gewerksch. Statistik		
		gewerksch. Statistik	amtl. Statistik	+	-	gewerksch. Statistik	amtl. Statistik	+	-	gewerksch. Statistik	amtl. Statistik	+	-	gewerksch. Statistik	amtl. Statistik	+	-	
I	Kunst- u. Handelsgärtner.	2	2	-	-	146	12	-	134	-	2	2	-	-	112	112	-	-
II	Ziergärtner und Fischerei	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
III	Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	7	24	17	-	9439	9620	181	-	-	1	1	-	-	178	178	-	
IV	Industrie der Steine und Erden	82	113	31	-	4190	6938	2748	-	-	12	7	-	5	360	1657	1297	
V	Metallverarbeitung	203	201	-	2	10131	11073	942	-	-	41	15	-	26	4264	1651	-	2613
VI	Industrie der Maschinen, Instrumente u. Apparat.	5	12	7	-	240	727	487	-	-	1	1	-	-	14	14	-	
VII	Chemische Industrie	8	7	-	1	332	286	-	46	-	-	-	-	-	-	-	-	
VIII	Industrie der Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle und Firnisse	27	64	37	-	3510	6991	3481	-	-	3	8	5	-	1122	800	-	322
IX	Textilindustrie	20	22	2	-	1043	1216	173	-	-	3	-	3	-	48	-	-	48
X	Papierindustrie	40	33	-	7	1716	1644	-	72	-	4	1	-	3	272	134	-	138
XI	Lederindustrie	255	208	-	47	9151	8803	-	348	-	19	19	-	-	2213	1815	-	398
XII	Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	101	75	-	26	4467	4557	90	-	-	7	5	-	2	141	65	-	76
XIII	Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	102	83	-	19	6633	5500	-	1133	-	7	1	-	6	210	8	-	202
XIV	Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	7	8	1	-	60	88	28	-	-	1	-	1	13	-	-	-	13
XV	Baugewerbe	840	605	-	235	39727	33957	-	5770	-	69	51	-	18	15645	16348	703	-
XVI	Poligraphische Gewerbe	24	12	-	12	790	277	-	513	-	2	2	-	-	18	18	-	-
XVII	Künstlerische Gewerbe	1	1	-	-	82	88	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
XVIII	Kunstgewerbe	70	60	-	10	2609	5048	2439	-	-	7	2	-	5	947	124	-	823
XIX	Verkehrsgewerbe	1	5	4	-	13	78	65	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
XX	Gast- u. Schankwirtschaft	-	2	2	-	-	22	22	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
XXI	Musik-, Theater- u. Schauspielergewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
XXII	Summe	1795	1537	-	258	94279	96925	2646	-	-	174	115	-	59	25249	22924	-	2325

Gewerkschaften nicht beteiligt waren. Für die einzelnen Jahre sind in den beiden Statistiken gezählt:

Jahr	Amtliche Statistik				Gewerkschaftliche Statistik ¹⁾				Die amtliche Statistik weist mehr nach weniger Käufe nach
	Streiks	Aus-sperrungen	Mat-Aus-sperrungen	Kämpfe insgesamt	Streiks	Aus-sperrungen	Mat-Aus-sperrungen	Kämpfe insgesamt	
1901	1056	35	26	1117	674	33	2	709	408
1902	1060	46	29	1135	789	44	12	845	290
1903	1374	70	25	1469	1183	74	4	1261	208
1904	1870	120	-	1990	1475	100	-	1575	415
1905	2403	254	18	2675	2030	247	6	2273	402
1906	3325	268	58	3641	3008	346	64	3418	266
1907	2266	246	47	2559	2351	265	25	2641	-
1908	1347	177	46	1570	1764	225	26	2015	88
1909	1537	115	31	1683	1795	174	25	1994	445
Ges.	16241	1361	280	17882	15089	1498	164	16741	1989

¹⁾ Es sind nur die am Schlusse des jeweiligen Berichtsjahres beendeten Kämpfe aufgenommen.
²⁾ Darunter 3 Aussperrungen wegen Märzfeier.

Diese Zahlen beweisen für den mit der Sache Vertrauten, daß die amtliche Statistik seit dem Jahre 1907 noch unzuverlässiger geworden ist als in den

früheren Jahren, in denen die Fehler im einzelnen nachgewiesen werden konnten.

Dieser zweifelsfreie Nachweis ist nach der jetzigen Art der amtlichen Publikation nicht mehr möglich, jedoch lassen sich immer noch Vergleiche anstellen, welche die Lückenhaftigkeit der amtlichen Streikstatistik erweisen. In den Tabellen I (die Streiks nach Staaten und Landesteilen) und II (die Streiks nach Gewerbegruppen) ist dieser Nachweis erbracht. Hiernach hat die amtliche Statistik nicht verzeichnet in Berlin 116 Streiks und 9 Aussperrungen, in der Provinz Sachsen 37 Streiks und 9 Aussperrungen, in der Provinz Schlesien 35 Streiks, in der Provinz Brandenburg 34 Streiks und 7 Aussperrungen, in ganz Preußen 274 Streiks und 34 Aussperrungen. In den anderen Bundesstaaten sind die amtlichen Feststellungen etwas günstiger. Es ist dies wohl darauf zurückzuführen, daß hier den Beamten der preussische Scheid nicht und die Arbeiter deshalb ihnen gegenüber zur Auskunftserteilung bereitwilliger waren. Bei dem Vergleich der Streiks nach Berufsgruppen ergibt sich, daß in der amtlichen Statistik 235 Streiks im Baugewerbe, 47 Streiks in der Holzindustrie und 26 Streiks in der Nahrungsmittel-

industrie nicht gezählt worden sind. Die Zahl der amtlicherseits nicht registrierten Streiks und Aussperrungen ist aber zweifellos weit höher, als hier nachgewiesen werden kann, weil ein Vergleich der einzelnen Streikfälle in den beiden Statistiken nicht mehr möglich ist, sondern nur die Schluszziffern einander gegenübergestellt werden können. Nach den Vergleichsergebnissen aus den früheren Jahren steht außer Zweifel, daß die Summe der in der amtlichen Statistik nicht verzeichneten wirtschaftlichen Kämpfe bedeutend größer sein muß, als sie nach diesem Vergleich festgestellt werden kann.

Unrichtig müssen auch die Angaben der amtlichen Statistik über die Art und den Ausgang der Streiks sein. Hierüber enthalten die beiden Statistiken folgendes:

An 1. Januar 1910 beendete Kämpfe	Angriffstreiks	Abwehrstreiks	Aussperrungen	Mai-Aussperrungen	Kämpfe insgesamt
nach der gewerkschaftlichen Statistik	823	972	174	25	1994
nach der amtlichen Statistik	1330	207	115	31	1683
die amtliche Statistik zählt mehr	507	—	—	6	—
die amtliche Statistik zählt weniger	—	765	59	—	—

	Resultate der beendeten Streiks						
	Streiks insgesamt	Absolute Zahl der Fälle		in Prozenten			
		boller Erfolg	teilweiser Erfolg	kein Erfolg	boller Erfolg	teilweiser Erfolg	kein Erfolg
Amliche Statistik	1537	283	520	734	18,4	33,8	47,8
Gewerlich. Statistik	1795	1047	296	416	58,3	16,5	23,2

Die amtliche Statistik zählt für 1909 1330 Angriffstreiks, während die Gewerkschaftsstatistik nur über 823 derartige Streiks berichten kann. Wir können unter Einfügung der Zahlen für 1909, nur wiederholen, was wir diesbezüglich im Vorjahre sagten. Es steht fest, daß in den Perioden des wirtschaftlichen Niederganges die Arbeiter keine Forderungen an die Unternehmer stellen. Die Gewerkschaften geben nur selten während der wirtschaftlichen Krise die Genehmigung zu einem Angriffstreik. Dagegen nutzen die Unternehmer die Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes aus, um früher erreichte Verbesserungen der Arbeitsbedingungen illusorisch zu machen. Das sind Vorgänge im Wirtschaftsleben, die so regelmäßig in allen Ländern wiederkehren, daß sie eine gewisse Gesetzmäßigkeit erlangt haben. Die Folge ist, daß während ungünstiger Wirtschaftskonjunkturen die Angriffstreiks seltener, die Abwehrstreiks zahlreicher werden. Die letzten drei Jahre waren solche tiefter Depression. Nichtsdestoweniger weist die amtliche Streikstatistik aus, daß 1907 94,7 Proz., 1908 82,1 Prozent und 1909 86,5 Proz. aller Streiks Angriffstreiks waren. Dementsprechend sollen 1907 nur 5,3 Proz., 1908 17,9 Proz. und 1909 13,5 Proz. der Streiks Abwehrstreiks gewesen sein.

Mag man auch annehmen, daß die unmittelbar beteiligten Arbeiter geneigt sein werden, die Schuld für einen Streik dem Unternehmer zuzuschreiben, so bleibt es doch bei der Gewerkschaftsstatistik nicht diesen Arbeitern überlassen, die Entscheidung über den Charakter eines Streiks zu treffen. In den Gewerkschaften

sind diesbezüglich sehr genaue Bestimmungen getroffen, von deren Innehaltung eventuell die Gewährung der Streitunterstützung abhängt. Da nach diesen Bestimmungen Angriffstreiks wochenlang vor ihrem Beginn vom Centralvorstand des Verbandes genehmigt sein müssen, so ist es ganz ausgeschlossen, daß in der Gewerkschaftsstatistik Angriffstreiks als Abwehrstreiks registriert werden können. Anders bei der amtlichen Statistik, für welche die „untergeordneten Polizeiorgan“ die Information von den Unternehmern einholen. Was diese sagen, gilt, denn es gibt keine Instanz, welche die Angaben nachzuprüfen in der Lage ist.

Dasselbe gilt bezüglich des Ausganges der Streiks. Wenn der Unternehmer dem „untergeordneten Polizeiorgan“ sagt, daß die Arbeiter keinen Erfolg hatten, so schreibt das Organ in den amtlichen Bericht „erfolglos“. Für die Gewerkschaftsstatistik muß aber die Streikleitung an den Zentralvorstand berichten, welche von den gestellten Forderungen von dem Unternehmer ganz oder teilweise erfüllt worden sind, und nach diesem Bericht entscheidet der Centralvorstand des Verbandes darüber, wie der Ausgang eines Streiks zu bewerten ist. Deshalb bietet die gewerkschaftliche Statistik weit einwandfreieres Material als die amtliche. Es ist für Leute, die nur einigermaßen mit den Vorgängen im Wirtschaftsleben vertraut sind, ein Urding, daß bei dem gegenwärtigen Stand der gewerkschaftlichen Organisation im Jahre 1909 nur 18,4 Proz. der Streiks mit vollem Erfolg endeten, während 47,8 Prozent völlig erfolglos waren. Die Unternehmerorganisationen urteilen hierüber anders als das Statistische Amt. Dieses braucht nur die Klagen der Unternehmerverbände über den Ausgang der wirtschaftlichen Kämpfe nachzulesen und es muß zu der Ueberzeugung kommen, daß die amtlichen Angaben falsch sind, vorausgesetzt, daß es nicht dem Urteil der „untergeordneten Polizeiorgane“ einen größeren Wert beimißt als den Berichten der Sekretäre der Unternehmervereinigungen.

Daß die amtliche Streikstatistik nicht nur unvollständig, sondern direkt irreführend ist, dürfte nach den vorstehend festgestellten Tatsachen dem Reichstage außer Zweifel sein. Er sollte, da es sich alljährlich um nicht unerhebliche Ausgaben aus Reichsmitteln für diese wertlose amtliche Statistik handelt, es als seine Pflicht betrachten, entweder die Mittel hierfür zu versagen, oder energisch darauf zu dringen, daß das Reichsstatistische Amt in die Lage versetzt wird, eine einwandfreie amtliche Streikstatistik zu liefern. Hierzu ist erforderlich, der Streikstatistik den kriminalistischen Charakter zu nehmen und die Organe mit der Sammlung des Materials zu betrauen, die Verständnis für die Sache und die nötige Befähigung zu ihrer Erledigung haben.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Arbeitslosenversicherung nach Genter System in Schöneberg.

Nun hat das Genter System auch seinen Einzug in Preußen gehalten. Schöneberg ist die erste Stadt des Groß-Berliner Städtekränzes und zugleich Preußens, die die kommunale Arbeitslosenversicherung nach diesem System einführt. Nach dem am 19. Dezember beschlossenen Ortsstatut handelt es sich zunächst um eine provisorische Einrichtung, bis eine gesetzliche Regelung dieser Frage

erfolgt oder bis eine solche Versicherung für Groß-Berlin eingeführt wird. Unter diesen Voraussetzungen werden vorerit bis zum 31. März 1913, also auf die Dauer von 2 Jahren, jährlich 15 000 Mark in das Gemeindebudget eingestellt, um die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu fördern. Die Förderung besteht in städtischen Zuschüssen an solche Berufsvereine von Arbeitern und Angestellten, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung gewähren. Der Zuschuß beträgt die Hälfte der seitens des Berufsvereins gewährten Arbeitslosenunterstützung, aber nicht über 1 Mk. pro Tag und wird nur für solche Mitglieder gezahlt, die mindestens ein Jahr ununterbrochen in Schöneberg wohnen, wobei indes die Zeit angerechnet wird, die der Betreffende unmittelbar vorher in einer Stadt, die in gleicher Weise Beihilfen zur Arbeitslosenversicherung gewährt, zugebracht hat. Nicht gezahlt wird dieser Zuschuß bei verschuldeter Arbeitslosigkeit, sowie bei Arbeitslosigkeit infolge von Ausständen, Aussperrungen oder deren Folgen, „oder wenn in dem Gewerbe, dem das bereits unterstützungsberechtigte Mitglied angehört, nachträglich der Fall des Streiks oder der Aussperrung eintritt.“ Er hört auf, wenn dem Betreffenden vom städtischen Arbeitsnachweise Arbeit nachgewiesen wird und endet längstens mit dem 60. Unterstützungstage. Ist die Arbeitsstelle durch Ausstand oder Aussperrung frei geworden, so besteht eine Verpflichtung zur Annahme derselben nicht.

Die Berufsvereine, die auf den städtischen Zuschuß reflektieren, müssen beim Magistrat unter Einreichung ihrer Satzungen einen entsprechenden Antrag stellen und der städtischen Deputation Einsicht in ihre Buchführung gewähren, soweit es notwendig ist zur Kontrolle der bezüglichen Bestimmungen. Das arbeitslose Mitglied hat sich mit der Arbeitslosenkarte seiner Gewerkschaft auf dem städtischen Arbeitsnachweis zu melden, welcher darüber entscheidet, ob in seinem Falle städtische Unterstützung gewährt wird. Die Zahlung wird derart geregelt, daß die Klassen der Berufsvereine den städtischen Zuschuß verauslagen und monatlich ihre Rechnungslisten dem Magistrat einreichen.

Als Äquivalent für Nichtorganisierte und solche, die von ihren Berufsvereinen keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, sieht das Schöneberger Ortsstatut einen städtischen Sparzuschuß vor. Denselben erhalten solche, die sich in eine beim städtischen Arbeitsnachweis geführte Sparerliste eintragen lassen, für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit in Höhe der Hälfte der abgehobenen Spareinlagen, aber höchstens 1 Mk. pro Tag. Dieser Zuschuß wird nur solchen Sparern gewährt, die mindestens ein Jahr in Schöneberg wohnen und seit mindestens 3 Monaten in die Sparerliste eingetragen sind. Einlagen, die erst während der letzten drei Monate vor der Ablegung gemacht worden sind, werden nicht berücksichtigt. Die Zahlung des Zuschusses beginnt, nachdem sich der Sparer mindestens eine Woche lang täglich auf dem Arbeitsnachweis gemeldet hat.

Solchen, die sich unberechtigterweise in den Empfang städtischer Zuschüsse zu setzen suchen, wird neben strafrechtlicher Verfolgung der Ausschluß vom städtischen Zuschuß auf ein Jahr angedroht. Ueber alle Streitigkeiten entscheidet unter Ausschluß des Rechtsweges die Deputation für die Verwaltung des städtischen Arbeitsnachweises.

In zwei von der Stadtberordnetenversammlung beschlossenen Resolutionen wird der Magistrat um eine Vorlage über Gewährung von

Unterstützungen an solche, auf welche die gegenwärtige Ordnung nicht Anwendung finden kann, ersucht, sowie ferner, daß zu den Deputationen für Notstandsarbeiten und Arbeitslosenversicherung je ein Vertreter vom Kuratorium des Berliner Arbeitsnachweises und der Berliner Gewerkschaftskommission als Sachverständige mit beratender Stimme hinzugezogen werden.

Das Schöneberger Statut enthält sicherlich eine Reihe von Mängeln und Bedenkllichkeiten, auf deren Beseitigung unsere Genossen während der Beratung vergeblich hingewirkt haben. Besonders bedenklich erscheint uns die Einführung von Sparprämien, weil auf diesem Wege niemals eine gesunde Arbeitslosenversicherung erreicht werden kann, vielmehr ein Teil der Arbeiter nur von dem einzig möglichen Wege der Versicherung durch ihre Berufsvereine abgehalten werden dürfte. Indes trägt das ganze Vorgehen Schönebergs noch den Charakter eines Provisoriums, und die erste der beiden angenommenen Resolutionen läßt deutlich genug erkennen, daß in der Schaffung einer städtischen Fürsorge für Arbeiter, die nicht gewerkschaftlich versichert sind, das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Das dürften auch die Erfahrungen der nächsten 2 Jahre beweisen. Von diesen Unfertigkeiten abgesehen, kann man nur lebhaft wünschen, daß die übrigen Stadt- und Vorortgemeinden von Groß-Berlin sich dem Vorgehen Schönebergs anschließen und daß vor allem die Reichsregierung daraus den einzig richtigen Schluß ziehen möge, ihre abwartende Haltung aufzugeben und einer lokalen Kräftezerpflitterung vorzubeugen durch eine reichsgesetzliche Lösung der Frage im Sinne der öffentlichen Förderung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung.

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Buchbinderverband zählte am Schlusse des dritten Quartals 27 700 Mitglieder. Die Zunahme im Laufe des Quartals betrug 1623, davon 1320 weibliche Mitglieder. Von den Ausgaben entfallen auf Arbeitslosenunterstützung 34 097 Mk., auf Krankenunterstützung 22 151 Mk. und auf Streiks und Lohnbewegungen 73 738 Mk. Der Bestand der Verbandskasse betrug 408 282,36 Mk. gegen 433 363,09 Mk. am Schlusse des vorhergehenden Quartals.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker zählte am 30. Juni 17 523 Mitglieder. Die Zunahme gegen das 1. Quartal beträgt 126. Der Lehrlingsabteilung gehörten 3062 Lehrlinge an. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 294 246, die Ausgaben auf 230 720 Mk. Von den Ausgaben entfallen auf Arbeitslosenunterstützung 38 078 Mk., Extraunterstützung an Ausgesteuerte 12 737 Mk., Reiseunterstützung 8249 Mk., Krankenunterstützung 67 969 Mk. und auf Invaliden- und Witwenunterstützung 11 818 Mk. Die Bestände sämtlicher Klassen beliefen sich auf 712 183,46 Mk.

Der Nr. 26 des Verbandsorgans der Maschinisten und Heizer liegt eine Sonderbeilage bei, die die Ergebnisse der amtlichen Untersuchung über Arbeitszeit im Binnenschiffahrtsgewerbe sowie das vom Kaiserlichen Gesundheitsamte erstattete Gutachten im Auszuge enthält.

Am 1. Januar tritt durch Verschmelzung der Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter der Deutsche Bau-

arbeiterverband ins Leben. Am gleichen Tage erfolgt auch die Angliederung des Verbandes der Isolierer und Steinholzleger an den Bauarbeiterverband, in welchem die Isolier- und Steinholzlegerbranche eine besondere Berufsabteilung bilden wird mit eigenen Sektionen überall dort, wo einem Zweigverein 10 und mehr Mitglieder dieser Branchen angehören. Für den Uebertritt der Isolierer und Steinholzleger gelten im übrigen die gleichen Bestimmungen wie für die Mitglieder der Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter.

Die 12. Generalversammlung des Schiffszimmererverbandes wird vom Vorstand und Ausschuß auf den 7. Mai 1911 nach Berlin einberufen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte: Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks; Agitation und Organisation.

Der Verband der Stukkateure hatte laut Abrechnung vom 2. Quartal am 30. Juni 8051 Mitglieder. Das Gesamtvermögen betrug 193 550,53 Mark, davon 54 764,54 Mk. in den Filialen und 64 843,87 Mk. bereits für das dritte Quartal eingegangene Gelder. Von den Einnahmen entfallen 26 435 Mk. auf Extrabeiträge der Mitglieder zu 1 Mk., außerordentliche Streickbeiträge zu 30 bis 70 Pf. 70 394,70 Mk. und auf ordentliche Beiträge 33 638,20 Mark. Die Ausgaben der Hauptkasse für Streickunterstützung betragen 26 454,84 Mk.

Den fakultativen Unterstützungs-einrichtungen des Transportarbeiterverbandes waren bis zum Schluß des dritten Quartals nur 1049 Mitglieder beigetreten.

Aus der britischen Zimmererbewegung.

In der Zimmererbewegung vollzieht sich augenblicklich eine wichtige Verschmelzung. Auf einer dieser Tage in Manchester abgehaltenen Konferenz zwischen den zwei stärksten Zimmererorganisationen, der Amalgamated Carpenters and Joiners und der Associated Carpenters and Joiners wurde beschlossen, die notwendigen Schritte zu einer Verschmelzung der beiden Organisationen zu unternehmen. Auf dem Zimmerergewerbe sowie auf dem ganzen Bauergewerbe lastet seit Jahren eine schwere wirtschaftliche Krise. Einerseits ist die Mitgliederzahl genannter Verbände immer mehr zurückgegangen, während andererseits die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützungen immer größere Summen verschlungen haben. Im ganzen bestehen fünf Zimmererorganisationen: General Union of Operative Carpenters and Joiners, Northampton Carpenters and Joiners, Amalgamated Carpenters and Joiners, Trade Movement Carpenters and Joiners. Letztere Organisation zählt keine 100 Mitglieder, sie wurde gegründet im Jahre 1907. Die Mitgliederzahl der genannten Gruppe, wovon 14 250 sich auf Amerika und Australien verteilen, beträgt etwa 82 000. Eigentlich hat nur der Amalgamated Verband Filialen in Amerika, während die Associated keine 100 Mitglieder dort hat. Die älteste dieser Organisationen ist die General Union of Operative Carpenters and Joiners, dieselbe wurde im Jahre 1827 gegründet und hat augenblicklich 5000 Mitglieder. Der stärkste Verband ist der im Jahre 1860 von Robert Applegart, der in der alten Internationale eine hervorragende Rolle spielte, gegründete Amalgamated Carpenters and Joiners. Diese Organisation erreichte im Jahre 1903 ihren Höhepunkt. Es betrug die Mitgliederzahl im selben Jahre in Großbritannien 62 364, in Amerika und Australien 9183, im Jahre 1909 stand

dieselbe nur noch auf 55 000 und in Amerika und Australien auf 14 196. Auch die Associated Carpenters verlor in den letzten Jahren ein paar tausend Mitglieder. Im Jahre 1903 betrug die Mitgliederzahl dieser Organisation 8659, momentan beträgt sie aber nur noch 6000 Mitglieder. In den Jahren 1904 bis 1907 (die letzte offizielle Statistik des Arbeitsamtes) wurde an Arbeitslosenunterstützung nicht weniger als 322 554 Pfund Sterling (6 651 680 Mark) ausgezahlt. Das Vermögen des Verbandes ist auch immer mehr zusammengeschrumpft. Im Jahre 1898 betrug dasselbe 179 148 Pfund Sterling oder 3 Pfund Sterling, 3 Schilling, 3 $\frac{1}{2}$ Pence pro Mitglied (1 Pfund Sterling = 20,40 Mk., 1 Schilling = 1,2 Mk., 1 Penny = etwas mehr als 10 Pf.); im Jahre 1907 aber war das Vermögen nur noch 118 869 Pfund Sterling oder 1 Pfund Sterling, 14 Schilling, 7 Pence pro Mitglied.

London.

H. Weinberg.

Lohnbewegungen und Streiks.

Die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Chemigraphieergewerbe.

Für das deutsche Chemigraphieergewerbe bezieht seit dem 1. Januar 1904, also seit 7 Jahren, ein irraser Tarifvertrag, der auf centraler Grundlage zwischen dem Bunde der chemigraphischen Anstalten und der Verbandsgruppe der Chemigraphen und Kupferdrucker des Verbandes der Lithographen, Steindruckerei und verw. Berufe abgeschlossen wurde. Die erste Tarifperiode währte fünf Jahre. Ende 1905, also kurz vor dem Ablauf dieser ersten Periode, wurde der Vertrag für weitere fünf Jahre erneuert. Die zweite Periode begann am 1. Januar 1909. Noch vor Ablauf ihres zweiten Jahres hat das Tarifamt eine umfassende Statistik aufgenommen, deren Ergebnisse, verglichen mit den Resultaten früherer Erhebungen, beachtenswerte Einblicke in die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Chemigraphen und Kupferdrucker während der Tarifgemeinschaft ermöglichen.

Die bisherigen statistischen Aufnahmen datieren aus den Jahren 1903, also unmittelbar vor Beginn der Tarifgemeinschaft 1905, 1908, also vor Beginn der zweiten Tarifperiode, und 1910. Statistisch erfaßt wurden 1903: 75, 1905: 115, 1908: 142 und 1910: 152 Firmen, von denen 1903: 54 = 72 Proz., 1905: 101 = 88 Proz., 1908: 139 = 98 Proz. und 1910: 134 = 88 Proz. dem Bunde der chemigraphischen Anstalten angehörten. Die Zahl der statistisch erfaßten Gehilfen betrug 1903: 1006, 1905: 1657, 1908: 2239, 1910: 2387; davon waren organisiert 1903: 696 = 69,2 Proz., 1905: 1595 = 96,3 Proz., 1908: 2142 = 95,7 Proz. und 1910: 2212 = 92,7 Proz. Nach Abschluß der Tarifgemeinschaft schnellte also sowohl bei den Prinzipalen, noch weit mehr aber bei den Gehilfen der Prozentsatz der Organisierten bedeutend in die Höhe, was in erster Linie auf die Wirkungen des mit der Tarifgemeinschaft verbundenen Organisationsvertrages zurückzuführen ist. Wie umfassend die statistischen Aufnahmen waren, ist daraus zu ersehen, daß z. B. 1910 nur über 8 Betriebe mit 19 Gehilfen statistische Angaben nicht erlangt werden konnten. Da auch in den früheren Jahren nur ganz vereinzelt Firmen und Gehilfen durch die Statistik nicht erreicht werden konnten, bieten also die Erhebungen ein getreues Spiegelbild von den Verhältnissen im Beruf.

Daraus ist zunächst zu erkennen, daß die Dauer der Arbeitszeit eine erfreuliche Verkürzung er-

jahren hat, besonders seit Beginn der zweiten Tarifperiode. Während der erste Tarif noch eine wöchentliche Arbeitszeit von 51 Stunden zuließ, wurde sie beim Abschluß des zweiten für Chemigraphen auf 48 Stunden und für Kupferdrucker ab 1. Januar 1910 auf 49½ Stunden verkürzt. Dieser Fortschritt kommt auch zum Ausdruck in der Statistik. Länger als 51 Stunden wöchentlich arbeiteten 1903 noch 13,8 Proz., 1905 nur 4,8 Proz. und 1908 nur noch 0,8 Proz. der Gehilfen. Mehr als 48 Stunden wöchentlich betrug die Arbeitszeit 1903 noch für 55,3 Proz. aller Gehilfen, während sie für 44,4 Proz. 48 und nur für 0,3 Proz. weniger als 48 Stunden betrug. 1905 arbeiteten 60,5 Proz. der Gehilfen länger als 48 Stunden und 39,5 Proz. 48 Stunden wöchentlich. Die Verhältnisse haben sich also etwas verschlechtert, wobei aber nicht übersehen werden darf, daß in bezug auf die längste Arbeitsdauer von mehr als 51 Stunden eine Besserung eingetreten ist. Bis 1908 machte sich aber wieder auf der ganzen Linie ein Fortschritt bemerkbar, denn die Zahl der länger als 48 Stunden arbeitenden Gehilfen betrug nur noch 51,39 Proz., während 45,20 Proz. 48 Stunden und 3,41 Proz. weniger als 48 Stunden wöchentlich arbeiteten. Bis 1910 stieg dann infolge der Tarifrevision die Zahl der 48 Stunden wöchentlich arbeitenden Gehilfen auf 89,4 Proz., während nur noch 8,3 Proz. eine längere, dafür aber andererseits 2,3 Proz. eine kürzere als die 48stündige wöchentliche Arbeitszeit hatten. Bis 1910 verringerte sich diese auf 48 Stunden 10 Minuten im Durchschnitt.

Auf der anderen Seite haben die Löhne eine Steigerung erfahren. Das Lohnminimum betrug während der ersten Tarifperiode für Chemigraphen 24 Mk., für Kupferdrucker 30 Mk.; es wurde vom Beginn der zweiten Tarifperiode ab für Chemigraphen auf 27 Mk. erhöht. Im Jahre 1903 arbeiteten noch 12,7 Proz. der Gehilfen unter Minimum; bis 1905 verringerte sich dieser Satz auf 4,6 Prozent, bis 1908 auf 1,8 Proz. und bis 1910 trotz der inzwischen eingetretenen Erhöhung des Minimums auf 0,5 Proz. Zum Minimum arbeiteten 1903: 4,9 Proz., 1905: 6,8 Proz., 1908: 2,8 Proz. und 1910: 8,9 Proz. der statistisch erfaßten Gehilfen. Ueber Minimum wurden also 1903: 82,4 Proz., 1905: 88,6 Proz., 1908: 95,4 Proz. und 1910: 90,6 Prozent der Gehilfen entlohnt. Daß das Zurückgehen des Satzes der über Minimum Entlohnerten nur auf die Erhöhung des letzteren zurückzuführen ist und keine Verschlechterung bedeutet, lehrt ein Vergleich der Ergebnisse der beiden letzten statistischen Aufnahmen. Bis zu 30 Mk. Wochenlohn erhielten 1908: 30,0 Proz., 1910: 23,1 Proz. der Gehilfen; von 31—35 Mk. 1908: 27,7 und 1910: 27,6 Proz.; von 36—40 Mk. 1908: 25,8 und 1910: 29,2 Proz.; von 41—50 Mk. 1908: 13,9 und 1910: 17,4 Proz.; von 51—60 Mk. 1908: 2,0 und 1910 ebenfalls 2,0 Proz.; über 60 Mk. 1908: 0,6 und 1910: 0,7 Proz. Während also 1908 noch 30 Proz. der Gehilfen weniger als 30 Mk. Wochenlohn hatten, waren es 1910 nur noch 23,1 Proz.; dagegen ist der Prozentsatz der höher entlohnerten Gehilfen von 1908 zu 1910 fast in allen Lohnstufen über 30 Mk. gestiegen. Der Durchschnittslohn läßt sich aus der Statistik leider nur für 1910 berechnen; er stellt sich auf 35,74 Mk. wöchentlich.

Die Statistik enthält noch eingehende Angaben über die Entwicklung des Lehrlingswesens. Danach kamen

1903	auf 1006	Gehilfen	253	Lehrlinge	= 25,1	Prozent
1905	"	"	1657	"	346	" = 20,9 "
1908	"	"	2239	"	386	" = 17,2 "
1910	"	"	2387	"	514	" = 21,5 "

Während also bis 1908 der Prozentsatz der Lehrlinge zur Zahl der Gehilfen nachließ, ist er bis 1910 wieder wesentlich gestiegen, und zwar noch über den im Jahre 1905 erreichten Satz. Das Verlangen der Prinzipale nach einer Revision der tariflichen Lehrlingskala läßt sich also durch die Statistik nicht rechtfertigen. Das zeigt sich auch an den Ergebnissen der Erhebungen über die Arbeitslosigkeit, nach denen 1905: 50 oder 3,0 Proz., 1908: 76 oder 3,4 Proz. und 1910: 103 oder 4,3 Proz. der Gehilfen im Durchschnitt wöchentlich auf den tariflichen Arbeitsnachweisen als Arbeitslose eingetragen waren. Der Prozentsatz der Arbeitslosen ist also ständig in die Höhe gegangen, während andererseits die Zahl der durch die Arbeitsnachweise besetzten offenen Stellen von 884 im Jahre 1905 auf 710 im Jahre 1908 und auf 382 im ersten Halbjahr 1910 zurückging.

Abgesehen von der Entwicklung der Lehrlingsverhältnisse lehrt aber die Statistik, daß die Tarifgemeinschaft der Chemigraphen und Kupferdrucker außerordentlich fördernd für den Beruf gewirkt hat und daß vor allen Dingen die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den sieben Jahren des Bestehens des Tarifs ständig besser geworden sind.

Streiks und Aussperrungen.

Neue Aussperrungen beginnen mit dem Neujahr in Schweden. Differenzen bestehen seit einiger Zeit in der Schuhindustrie, wo die Unternehmer einen fünfjährigen Reichsvertrag mit reduzierten Löhnen fordern. Die wiederholt geführten Verhandlungen haben ein positives Resultat nicht gehabt. Die Vergleichsvorschläge, die von offiziellen Vergleichsbeamten gemacht wurden, lehnten die Unternehmer ab. Die Arbeitervertreter schlugen schließlich vor, die bisherigen Verträge auf ein Jahr zu erneuern, während die Unternehmer nur einer Verlängerung auf drei Jahre zustimmen wollten. Das lehnten die Arbeiter ab, worauf die Generalaussperrung in der ganzen Schuhindustrie des Landes von den Unternehmern auf den 2. Januar angelegt wurde, wodurch zirka 5000 Arbeiter brotlos gemacht werden sollen. — Auch im schwedischen Baugewerbe bestehen Differenzen, deren eventuelle Folgen noch nicht abzusehen sind.

Gewerbegerichtliches.

Wahl in Erlangen.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Erlangen entfielen auf die freien Gewerkschaften 1088 Stimmen, das ist eine Zunahme von 235 Stimmen seit der Wahl 1907. Die Gegner erhielten zusammen 201 Stimmen gegen 189 im Jahre 1907. Die freien Gewerkschaften erhielten 4 Sitze, die Hirsch-Dunker 1.

Mitteilungen.

Für die Leser des Correspondenzblattes.

Dieser Nr. 52 des „Correspondenzblatt“ liegt das Jahressinhaltsverzeichnis für 1910, sowie das Spezial-Inhaltsverzeichnis des Anlagebandes (Beilagen) bei.

Die Redaktion des „Correspondenzblatt“.